

Piratenpartei Deutschland · Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)

Insel- und Halligkonferenz e.V.
Mühlenweg 10,
25938 Midlum auf Föhr



Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
Organisatorischer
Ansprechpartner:
Thomas Ganskow

Berlin, 30.07.13

Fragen der Insel- und Halligkonferenz e.V. an die Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013

Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung in der Uthlande

Der Kreis Nordfriesland und die Inseln und Halligen präsentieren sich als Klimaschutzregion, die auf eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativen Quellen ausgerichtet ist.

Forderung der Insel- und Halligkonferenz

1. Beschleunigung des Stromnetzausbaus von Nordfriesland zu den Ballungsgebieten
2. Ausbau der Investitionsbank mit der Energie-Agentur zu einem fachlichen und förder-technischen Beratungszentrum für Kommunen, Betriebe und Privathaushalte
3. Unterstützung bei der Entwicklung der Modellregion Uthlande für Elektromobilität
4. Sicherstellung, dass der landesweite Netzausbau umgehend zukunftsfähig umgesetzt wird, so dass der im Norden Deutschlands produzierte Windstrom eingespeist werden kann. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende.

Wie können Sie die Inseln und Halligen unterstützen, im Spannungsfeld von Küstenschutz, Naturschutz, Anpassung an den Klimawandel, Regionalplanung und kultureller Identität, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

Die Piratenpartei steht für eine Energiepolitik der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit. Daher setzen wir uns für eine schnellstmögliche Umstellung von fossilen Brennstoffen und Atomkraft auf regenerative Energiequellen ein. Regenerative Energieträger sollen dabei jedoch nicht in Konkurrenz zu der Ernährung oder der Ressourcenschonung stehen. Um dies zu erreichen, streben wir eine dezentrale Versorgung an, denn diese ermöglicht sowohl regionale Eigenversorgung als auch übergreifende Verbundlösungen. Der gleichberechtigte Netzzugang einer Vielzahl von Erzeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme.

Um die Energiewende für den Bürger bezahlbar zu machen, muss sie solidarisch finanziert werden. Die Zahl der von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen muss deutlich reduziert werden. Nur Unternehmen, die tatsächlich von den niedrigen Strompreisen existenziell abhängig sind, sollen eine Reduzierung oder Befreiung erhalten. Die Reduzierung oder Befreiung soll dabei auch von durchgeführten oder geplanten Maßnahmen zur Energieeffizienz und Lastflexibilisierung dieser Unternehmen abhängig sein.

Beim Bau neuer Windparks und Stromtrassen sollen die Bürger bereits in der frühen Planungsphase informiert und an der Planung beteiligt werden. Auf diese Weise soll eine größere Akzeptanz der nötigen Baumaßnahmen in der Bevölkerung gesichert und eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden. Die Beteiligung darf aber nicht erst einsetzen, wenn wichtige

Entscheidungen wie etwa Freiluftleitungen statt Erdverkabelung bereits im Vorwege getroffen wurden. Vor allem im Bereich der Überspannung müssen größere Abstandswerte festgelegt werden.

Küstenschutz: CO2 Endlagerung und Küstenschutzabgabe

Die Inseln und Halligen sind unmittelbar von den Folgen des Klimawandels durch den Anstieg des Meeresspiegels sowie die Zunahme von Stürmen etc., betroffen. Die Insel- und Halligkonferenz begrüßt daher Initiativen, die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen und die Folgen zu mildern. Jedoch ist die CCS-Technik nicht die richtige Lösung. Küstenschutz ist eine klassische Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Die Strukturen und ihre Finanzierung haben sich bewährt und sollten in der bestehenden Praxis fortgeführt werden. Wachsende Herausforderungen durch den Klimawandel sind gesamtgesellschaftlich verursacht und erfordern gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zur Lösung bzw. Anpassung.

Forderung der Insel- und Halligkonferenz

- 1. Keine CO2 Verpressung in Nordfriesland, unter dem Wattenmeer oder der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Das ist mit dem Nationalparkstatus und dem UNESCO Biosphärenstatus nicht vereinbar.*
- 2. Die CCS Technologie ist bestenfalls eine Übergangstechnologie, die den Weg zu einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung nicht sichert, sondern verzögert. Auch die Technik des zum sogenannten Fracking wird abgelehnt.*
- 3. Die Bundesregierung soll alle Energieeinsparpotentiale nutzen, die Chancen für erneuerbare Energien zu verbessern sowie die Forschung zur Wiederverwertbarkeit von CO2 voranbringen*
- 4. Im Katastrophenfall sind die Insel und Halligen im ersten Zugriff beim Hochwassermanagement auf sich alleine gestellt. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Inselwehren mit dem THW und die Sicherstellung einer frühzeitigen Einbindung in deren Strukturen und Kommunikationswege gefordert.*
- 5. Eine Umlage der Finanzierung auf die Eigentümer in den überflutungsgefährdeten Küstenniederungen lehnen wir ab, da es sich um gesellschaftliche Aufgabe handelt.*

Wie können Sie dazu beitragen, die CCS Technologie inklusive des Fracking bundesweit und länderübergreifend zu verhindern?

Wie können Sie gewährleisten, die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch im Rahmen des Klimawandels sicherzustellen?

Wir Piraten setzen uns dafür ein, unsere einzigartige Landschaft an der Küste zu erhalten und zu schützen, Kulturlandschaften wie die Halligen oder etwa Eiderstedt zu bewahren. Wir wehren uns daher gegen Maßnahmen, welche die Unversehrtheit unserer Natur gefährden, insbesondere Methoden wie Gasfracking oder CO2-Verpressung.

Gerade beim Thema Fracking haben die Piraten bereits viel bewegt. Auf Antrag der Piraten hat sich der Umwelt-Ausschuss erstmals mit dem Thema beschäftigt. Auch eine entsprechende Online-Petition stammt von einer Piratin. Weitere Informationen hierzu finden sie unter:

<http://landesportal.piratenpartei-sh.de/fracking/> .

Zur Zeit sind diverse Regionalgliederungen dabei, eine verbindliche Abstimmung über die Unterstützung der Korbacher Resolution durchzuführen. <http://www.resolution-korbach.org/unterstaus-de.php>

Küstenwache, Sicherheit auf See

Die Insel- und Halligkonferenz ist sehr enttäuscht über das Scheitern einer einheitlichen Bundesküstenwache, wie sie als Forderung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefordert wird.

Forderung der Insel- und Halligkonferenz

1. *Umsetzung der nationalen Küstenwache durch Zusammenfassung der Bundeseinheiten unter einem Kommando*
2. *Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine eindeutige Sicherheitsstruktur in der Nordsee und den Küstengewässern, die den neuen Herausforderungen der Meeresnutzung (Off-Shore Windparks, Rohstoffgewinnung, wachsender Schiffsverkehr) Rechnung trägt: Sicherheitskonzept für Off-Shore Windparks, grenzüberschreitende Raumplanung, europäische Nordseestrategie.*
3. *Grenzüberschreitende Raumplanung im Küstenbereich und der allgemeinen Wirtschaftszone*

Was unternehmen Sie, damit die nationale Küstensicherheit in naher Zukunft langfristig eingerichtet wird?

Wie können Sie uns an den Schnittstellen zu den dänischen Nachbarn unterstützen?

Im Licht neuer gemeinsamer Aufgaben (wie z.B. der erwähnten Offshore-Parks) und wegen offensichtlich eher aus Befindlichkeiten resultierenden Vorbehalten gegen eine gemeinsame Organisation des Küstenschutzes erscheint es sinnvoll, die Forderungen der Insel- und Halligkonferenz zu unterstützen. Da wir das Thema noch nicht weiter vertieft haben und ohnehin neue Verhandlungen anstehen, müssen wir die konkreten Details hierzu noch ausarbeiten.

Mobilität, Anbindung und Erreichbarkeit der Inseln und Halligen einschließlich der Hochseeinsel Helgoland

Die Inseln und Halligen einschließlich der Hochseeinsel Helgoland sind seit ihrer Besiedlung auf die Schiffsverbindung zum Festland angewiesen.

Forderung der Insel- und Halligkonferenz

1. *Sicherung und Verbesserung des Verkehrs zu und zwischen den Inseln und Halligen, auch in den Wintermonaten*
2. *Wiedereinführung der reduzierten Mehrwertsteuer für die Ausflugsschifffahrt*
3. *Einführung eines Fahrgastinformationssystems an den Schnittstellen Fernverkehr, Nahverkehr und Zubringerverkehr zu den Fähren*
4. *Anbindung der Inseln an die Nord/Süd-Achse Esbjerg-Hamburg, Ausbau der Fahrstrecken der Marschenbahn, Ausbau der B5*

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Anbindung der Inseln und Halligen einem Stand entsprechen, der die Teilhabe an der Daseinsvorsorge und dem gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein gewährleistet?

Die Anbindung der Inseln und Halligen ist eine Aufgabe zur öffentlichen Daseinsvorsorge - also "klassischer" ÖPNV. Zur Zeit ist nur Sylt mit Mitteln des staatlich bestellten ÖPNV erreichbar. Diese Erreichbarkeit wollen wir erhalten, wobei wir langfristig einen fahrscheinlosen ÖPNV etablieren wollen. Darüber hinaus ist unserer Auffassung nach eine Aufnahme der Fährverbindungen in den Schleswig-Holstein-Tarif und eine tarifliche Integration in das Festlands-ÖPNV-Angebot anzustreben. Zumindest für die Einwohner wollen wir das Tarifniveau so angleichen, das es dem Festland entspricht. Inwieweit die eigenwirtschaftlichen Fährverbindungen nach Helgoland, Pellworm, Föhr, Amrum, Hooge und Langeneß einen Zuschuss erhalten sollten ist abzuklären. Wir wollen eine solche Bezuschussung möglichst vermeiden.

Die Taktung auch außerhalb der Saison darf nicht weiter reduziert werden. Insgesamt ist es ein Anliegen der Piratenpartei, die Wichtigkeit des Individualverkehrs zu verringern und öffentliche Verkehrsangebote auszubauen.

Im besonderen ist die zweimal-tägliche Anbindung auf der Halliglinie an Donnerstagen beizubehalten, da Lieferverkehr ansonsten faktisch unmöglich wird.

Inwieweit die bislang gar nicht angebotenen Halligen eine Anbindung an den ÖPNV erhalten sollen, obliegt den Halligbewohnern.